

gesehen, da in der Region nur wenige Nomaden und darunter nur einige mit tibetischen Ursprung leben. Vielmehr sei nicht erwähnt worden, dass sich in der Region ein Arbeitslager befinde, dass von den geplanten Bewässerungsanlagen ebenfalls profitieren würde. Auch die unzureichende Konsultation der Bevölkerung mit den Umsiedlungsplänen sei in großes Defizit gewesen. (FT, 10.7.00)

Aus welchen Gründen die Weltbank eine unzureichende Überprüfung in der Vorphase des Projektes durchgeführt hat, dazu werden in einem Kommentar der *Washington Post* zwei Annahmen vorgestellt. So könne 1. davon ausgegangen werden, dass die Weltbank eine große und umständliche Organisation sei, die nach legalistischen Vorschriften arbeite, die sie selbst nicht einhalten könne. Weiterhin sei 2. die Einhaltung der Vorschriften dann sehr unwahrscheinlich, wenn die Weltbank mit China zu tun habe.

Unter den Weltbankexperten sei die chinesische Regierung wohl bekannt hinsichtlich ihrer Ungeduld gegenüber strengen Kreditvergabebedingungen. Da China viel Einfluss habe, neigten die Weltbankexperten dazu, nachzugeben und sich damit zufrieden zu geben, dass bei der Bekämpfung der Armut in China gute Fortschritte gemacht worden seien. Weltbankpräsident Wolfensohn habe versucht, die Aufweichung der Regeln aufzuhalten, fraglich sei jedoch, ob die Exekutivdirektoren dies zulassen würden. Sie hätten ihn überstimmt, als er auf der Veröffentlichung des Prüfungsberichts der Weltbankkommission bestanden habe. (Zitiert in IHT, 6.7.00) -schü -

Binnenwirtschaft

28 Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2000

Nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes war die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 2000 weitaus besser als erwartet. Es habe eine Trendwende gegeben und das Wachstumstempo nehme wieder stärker zu. Dies seien Zeichen dafür, dass China die negativen Auswirkungen

der Asienkrise überwunden habe und dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wirkung zeigten. Allerdings könne noch nicht von einer stabilen Erholung der Wirtschaft gesprochen werden, da die Inlandsnachfrage immer noch zu schwach sei. Problematisch seien ferner das langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen, die Verluste der Staatsbetriebe und Ungleichgewichte in der Wirtschaftsstruktur. (XNA, 21.7.00)

Es ist vor allem das bemerkenswerte Exportwachstum, das sich erneut als Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwiesen hat. Hierbei kann der Erholung der asiatischen Nachbarländer und dem Ausbau der Exportförderung eine wichtige Rolle zugewiesen werden.

Nach Angaben von Qiu Xiaohua, stellvertretender Direktor des Staatlichen Statistikamtes, hat die aktive Fiskalpolitik erheblich zum Wachstum in den ersten Monaten beigetragen. Ohne zusätzliche Staatsausgaben und Infrastrukturinvestitionen wäre die Wirtschaft nur um 5% oder 6% gewachsen. (XNA, 14.7.00)

Für das 2. Halbjahr kündigte Zentralbankpräsident Dai Xianglong an, dass die aktive Fiskalpolitik weiter fortgesetzt würde. Seit Beginn d.J. habe die Zentralbank bereits 150 Mrd. Yuan an Krediten bereitgestellt. Bis Ende Juni sei die Geldmenge M2 um 13,7% gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen. Für das gesamte Jahr geht Dai von einer Erhöhung der Geldmenge M2 um 14% aus. (XNA, 20.7.00)

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE WACHSTUMSRATE:

In den ersten sechs Monaten d.J. verzeichnete die Wirtschaft eine Wachstumsrate von 8,2%; das BIP belief sich auf 3.949 Mrd. Yuan. Das Statistikamt rechnet damit, dass die Wachstumsrate für das gesamte Jahr höher als die zunächst mit 7,1% prognostizierte Zuwachsrate ausfallen wird.

Für das 2. Quartal wird eine Wachstumsrate von 8,3% gemeldet, die damit etwas höher als die Zuwachsrate von 8,1% im 1. Quartal lag.

INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG:

Der Sekundärsektor (Industrie und Bausektor) verzeichnete eine Zuwachsrate von 9,7% (2.136,5 Mrd. Yuan); der Industrieoutput stieg um

9,9% (1.900,5 Mrd. Yuan). (XNA, 19.7.00) Am 11.7.00 berichtete die Xinhua Nachrichtenagentur von der Steigerung des industriellen Outputs in Höhe von 11,2%.

Das Statistikamt weist auf einen Abbau der Lagerbestände in den Unternehmen hin und geht davon aus, dass die zunehmende Nachfrage im 2. Halbjahr das Wirtschaftswachstum unterstützen werde.

LANDWIRTSCHAFT:

Die Sommergetreideernte lag um 11 Mrd. Kilogramm bzw. 9,3% niedriger als im letzten Jahr. Die landwirtschaftliche Wertschöpfung erhöhte sich lediglich um 1,5% auf rd. 450 Mrd. Yuan.

ANLAGEINVESTITIONEN:

Die Anlageinvestitionen stiegen um 11% im 1. Halbjahr und erreichten ein Niveau von 1.017,6 Mrd. Yuan. Während die Investitionen der kollektiveigenen Unternehmen ihre Investitionen um 7% ausweiteten, nahmen die Investitionen der privaten Unternehmen um 8,6% zu. Der staatseigene Sektor trug mit 753,8 Mrd. Yuan zu den Anlageinvestitionen bei, ein Anstieg um 12,1%.

PREISENTWICKLUNG:

In den ersten sechs Monaten gingen die Einzelhandelspreise noch um 1,9% gegenüber der Vorjahresperiode zurück; die Verbraucherpreise nahmen um 0,1% zu. Die Preise für Industrieprodukte und für Rohstoffe stiegen um 2% bzw. 4,3%, und es wird damit gerechnet, dass sich diese Preisentwicklung in der 2. Jahreshälfte auch auf die Konsumgüterpreise überträgt. Die Steigerung der Preise für Industrieprodukte wird vom Statistikamt auf die Preiserhöhung von Erdölprodukten zurückgeführt. (SWB FE/D 3898/CNS, 21.7.00)

EINZELHANDELSENTWICKLUNG:

Das Einzelhandelsvolumen lag in den ersten sechs Monaten bei 1.624,8 Mrd. Yuan und stieg damit um 10,1% gegenüber der Vorjahresperiode.

EINKOMMENSENTWICKLUNG:

Das verfügbare Einkommen der städtischen Bevölkerung lag bei durchschnittlich 3.208 Yuan, ein nominaler Anstieg um 8,7% und ein realer Anstieg um 7,7%. In den ländlichen Gebieten betrug das Geldeinkommen der Bauern 1.013 Yuan und

erhöhte sich damit nominal nur um 1,5% gegenüber der Vorjahresperiode und real um 1,8%. Auch die Importe verzeichneten mit einer Zunahme um 36,2% auf 102,1 Mrd. US\$ ein hohes Wachstum. Der Außenhandelsüberschuss nahm um 4,4 Mrd. US\$ gegenüber der Vergleichsperiode zu und lag bei 12,4 Mrd. US\$.

Mit der Besteuerung von Sparzinsen, niedrigeren Zinsen auf Spareinlagen sowie der Forderung, Bankkonten auf den eigenen Namen zu führen, veränderte sich das Sparverhalten. Während Spareinlagen mit langen Laufzeiten zurückgingen, erhöhten sich die Sichtguthaben.

AUSSENWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG:

Die Exportentwicklung erreichte ein Volumen von 114,5 Mrd. US\$ und eine Zuwachsrate von 38,3% in den sechs Monaten, eine äußerst positive Entwicklung. Exportbestellungen für Industrieprodukte nahmen um 27,2% zu. Auch die Einfuhren stiegen mit einer Wachstumsrate von 36,2% rasant an und lagen bei 102,1 Mrd. US\$.

Nach wie vor verzeichnen die realisierten Direktinvestitionen aus dem Ausland eine negative Wachstumsrate gegenüber der Vorjahresperiode. So lag der Kapitalzufluss bei 17,16 Mrd. US\$ und war damit um 7,5% niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Dagegen gab es bei den vertraglich zugesagten Direktinvestitionen eine erstaunlich hohe Zuwachsrate von 24,6%; das Volumen belief sich auf 24,17 Mrd. US\$ in den ersten sechs Monaten d.J. (SCMP, 13.7.00)

Die ausländischen Devisenreserven erreichten im Mai d.J. ein Volumen von 158 Mrd. US\$, das waren 3,3 Mrd. US\$ mehr als zum Jahresbeginn. (XNA, 19.7.00) Zentralbankpräsident Dai Xianglong gab in einer Pressekonferenz am 20.7.00 die Devisenreserven mit 158,6 Mrd. US\$ an, ein Anstieg um 3,9 Mrd. US\$. (XNA, 20.7.00)

Entgegen der offiziellen Darstellung einer prosperierenden Wirtschaft gibt es auch kritische Stimmen ausländischer Analysten. Diese bezweifeln die Gründe, die für die Erholung der Wirtschaft angegeben werden. Neben dem Abklingen der Asienkrise werde stets auf die positiven Auswirkungen des anstehenden WTO-Beitritts und der staat-

lichen Infrastrukturausgaben hingewiesen und angeführt, dass durch die Zunahme der Inlandsnachfrage nach zwei Jahren deflatorischer Entwicklung die Preise wieder angestiegen seien. Am spektakulärsten stelle sich die Erholung der staatseigenen Unternehmen dar, deren Gewinn sich in den ersten fünf Monaten d.J. verdreifacht haben soll. Die offiziellen statistischen Angaben sollten aus Sicht dieser Analysten mit Vorsicht betrachtet werden. So sei es unwahrscheinlich, dass sich die Gewinne der staatseigenen Unternehmen verdreifacht hätten, da ja die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch dieselben seien. Der Grund für diese Angaben sei vielmehr, dass die Regierung das Jahr 2000 als das dritte Jahr für die Reform der Staatsunternehmen ausgewählt habe, in dem die Unternehmen von der Verlust- in die Gewinnzone kommen müssten - und demnach wiesen die Staatsunternehmen jetzt Gewinne aus. Als problematisch werden auch die Angaben über die Arbeitslosigkeit betrachtet und das tatsächliche Niveau der städtischen Arbeitslosigkeit auf 20-25% geschätzt. Die Berichte zur Preisentwicklung müssten ebenfalls angezweifelt werden, da die Preise der Industriegüter nach wie vor rückläufig seien. (SCMP, 29.6.00)

Andere Analysten kommen zu einer weitaus positiveren Beurteilung der Wirtschaft, ohne die Problembereiche zu verschweigen. So stellt die *Financial Times* beispielsweise in einem Ar-

tikel am 25.7.00 die Frage, ob es sich bei dem derzeitigen Wachstumsschub in China mehr als um einen kurzfristigen zyklischen Aufschwung handle. Habe sich das Wachstum qualitativ so verbessert, das die wirtschaftliche Expansion nachhaltig sei? Die Antwort ist, dass China bei strukturellen Reformen durchaus Erfolge aufweisen könne, aber noch zwei Unsicherheiten verblieben. So sei nicht klar, ob die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz ausreiche, um die chronische Fehlallokation von Ressourcen innerhalb der staatlich kontrollierten Unternehmen zu kompensieren. Zweitens sei unsicher, ob es nicht in den USA zu einem Einbruch der Aktienmärkte käme, der sich dann negativ auf die Konsumentennachfrage und damit auf die Exportchancen chinesischer Produkte auswirken könnte.

Zu den Erfolgen bei Strukturreformen werden Veränderungen im Bankensektor gezählt. Es gebe Anzeichen dafür, dass mehr Kredite außerhalb des ineffizienten Staatssektors vergeben würden. Beispielsweise habe die Industrial and Commercial Bank angekündigt, dass sie in diesem Jahr rd. 20% ihres Kreditvolumens für Hypothekenkredite und Konsumentenkredite reservieren werde. Bei diesen Krediten wird davon ausgegangen, dass lediglich 0,4% uneinbringlich sein werden. Zweitens gebe es bei der Reform der Staatsunternehmen durchaus Erfolge, wie das Beispiel der Provinzhauptstadt Shenyang zeige, in der

Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2000

	Zuwachsrate gegenüber dem 1. Halbjahr 1999	Mrd. Yuan
BIP	8,2	3.949
Primärsektor		
Sekundärsektor	9,7	2.137
- Industrie (Wertschöpfung)	9,9	1.901
- Industrie (ind. BPW)	11,2*	
Teritärsektor	8,1	1.363
Anlageinvestitionen	11,0	1.018
Preise:		
- Einzelhandelspreise	-1,9	
- Verbraucherpreise	+0,1	
Einzelhandelsumsatz	10,1	1.625
Exporte (Mrd. US\$)	38,3	114,5
Importe (Mrd. US\$)	36,2	102,1

Quelle: „Chinese Economy on Steady Rise“, XNA, 19.7.00; * XNA, 11.7.00.

private Unternehmen inzwischen 48% zum lokalen Sozialprodukt beitragen. Drittens stehe China bei der Informationstechnologie vor einer Revolution, denn während beispielsweise 1990 erst 10 Mio. Telefonanschlüsse existierten, gebe es inzwischen 125 Mio. Anschlüsse und bis Ende des Jahres sogar 70 Mio. Mobilfunkteilnehmer. -schü-

29 Finanzminister verteidigt aktive Fiskalpolitik

Auf einem landesweiten Arbeitstreffen Ende Juli 2000 wies Finanzminister Xiang Huaicheng auf die besondere Rolle der aktiven Fiskalpolitik für die Stabilisierung der Wirtschaft hin. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1998 habe die chinesische Regierung zusätzliche Staatsanleihen für die Finanzierung der Infrastruktur, von Anlageinvestitionen und technologischer Erneuerung in einem Umfang von 310 Mrd. Yuan begeben. Gleichzeitig seien steuerliche Anreize für Exporte

wicklung eines marktorientierten gesamtwirtschaftlichen Kontrollsystems zu kombinieren. Mit der Beschleunigung des Wachstumstempos hätten sich auch die Staatseinnahmen in der 1. Jahreshälfte 2000 schnell erhöht. Die Ausweitung der Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur und für Schlüsselprojekte hat Xiang zufolge die Produktion und die Preisentwicklung von Energie und Rohstoffen im 1. Halbjahr begünstigt. Weiterhin konnte durch die Subventionierung der Staatsunternehmen, die Kredite für ihre technologische Modernisierung aufnehmen konnten, die industrielle Umstrukturierung verstärkt und die Effizienz verbessert werden. Diese Maßnahmen hätten dazu beigetragen, dass die staatseigenen Industrieunternehmen ihre Gewinne erheblich erhöhen konnten. (XNA, 27.7.00)

Die Kehrseite der vom Finanzminister so positiv beschriebenen Entwicklung ist die Ausweitung der Staatsverschuldung. Seit Mitte der 90er Jahre hat

Entwicklung der Staatsverschuldung in der VR China (Mrd. Yuan)

Jahr	Gesamt-schulden	Inlands-schulden	Auslands-schulden	Sonstige Inlands-schulden	Schulden-rückzahlung
1996	196,73	39,56	11,95	-	131,19
1997	247,68	31,48	6,48	-	191,84
1998	331,09	102,86	8,22	-	235,29
1999	401,50	k.A.	k.A.	k.A.	191,10

Quelle: *China Statistical Yearbook 1999*, S.284; *China Statistical Abstract 2000*, S.71.

und Investitionen ausgeweitet, sowie die Wohlfahrtszahlungen an bedürftige städtische Einwohner und die Löhne der öffentlichen Angestellten erhöht worden. Dieses Maßnahmenbündel habe dann in der 1. Jahreshälfte 2000 seine Wirkung gezeigt, denn die Wirtschaft sei um 8,2% gewachsen. Noch höhere Zuwachsraten würden im Industriesektor, beim Einzelhandelsumsatz, bei den Investitionen und den Exporten bestehen.

Xiang zufolge habe die Regierung über die verstärkte Finanzierung der wirtschaftlichen Umstrukturierung und technologischen Modernisierung eine Verbindung von kurzfristigen fiskalischen Politiken mit langfristigen Zielen erreichen können. Es sei außerdem gelungen, Maßnahmen gegen die Deflation mit Anstrengungen zur Ent-

sich die Staatsverschuldung nahezu verdoppelt und lag 1999 bei 331 Mrd. Yuan. Während die Neuaufnahme von Auslandsschulden zurückgegangen ist, stieg die Inlandsverschuldung weiter schnell an. Die Rückzahlung von Krediten und Kreditzinsen erhöhte sich ebenfalls und lag 1999 kumuliert bei 402 Mrd. Yuan. (Siehe Tabelle) Unter Einbeziehung der uneinbringlichen Kredite staatseigener Banken wäre die Staatsverschuldung allerdings noch wesentlich höher als offiziell ausgewiesen. -schü-

30 Hintergrundinformationen über freigesetzte Arbeitskräfte

Die Zeitschrift *Zhongguo Xinxi Bao* veröffentlichte Mitte Juni d.J. auf ihrer Webseite einen Bericht über freigesetzte Arbeitskräfte staatseigener Unternehmen. Die Zeitschrift ging dabei vor allem auf die Zusammensetzung dieser Gruppe und auf Umschulungsmaßnahmen ein und forderte, dass mehr Ausbildungsprogramme von der Regierung gefördert und freigesetzte Arbeitskräfte bei der Suche nach einer neuer Beschäftigung unterstützt werden sollten. Ihren Bericht basierte die Zeitschrift auf Untersuchungen des China Employment Training and Technical Guidance Centre.

Zu den gemeinsamen Merkmalen der freigesetzten Arbeitskräfte zählen 1. dass sie im Allgemeinen ein höheres Durchschnittsalter haben, 2. dass mehr als die Hälfte Frauen sind, 3. dass ihr Ausbildungsniveau relativ niedrig ist und 4. dass sie auf dem Arbeitsmarkt nicht wettbewerbsfähig sind. In Beijing beispielsweise sind von den Arbeitslosen 6% unter 25 Jahre alt, 29% zwischen 26 und 29 Jahren, 46% zwischen 36 und 45 Jahren und 19% älter als 46 Jahre. In der Provinz Anhui waren 47% der freigesetzten Arbeitskräfte zwischen 31 und 40 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen sind Frauen. In Beijing beträgt der Anteil beispielsweise 55%, in der Stadt Anshan (Provinz Liaoning) 56% und in Shanghai ebenfalls 55%.

Die freigesetzten Arbeitskräfte haben nur ein relativ niedriges Bildungsniveau. So besitzen beispielsweise 76% der Arbeitslosen in der Stadt Shenyang (Provinzhauptstadt von Liaoning) ein Bildungsniveau, das unterhalb der unteren Mittelschule liegt; 4% weisen einen Mittelschulabschluss auf. Des Weiteren haben die Arbeitslosen oftmals kaum Qualifikationen. So weisen nur die Hälfte der von den ländlichen Industriebetrieben entlassenen Arbeitskräfte spezielle Qualifikationen auf. In Guangdong beispielsweise haben über 80% der entlassenen Arbeitskräfte aus diesen Unternehmen nur die Unterstufe der Berufsmittelschule besucht. Weiterhin haben freigesetzte Arbeitskräfte staatseigener Unternehmen eine passive Mentalität, die zusammen mit den genannten De-

fiziten zu einer geringen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt führt. Auf Grund ihres fortgeschrittenen Alters, niedrigen Bildungsniveaus, ihrer schlechten Gesundheit, Problemen in der Familie und mit Stundenplänen (Zeitmanagement) sowie bei anderen praktischen Fragen, sind manche Arbeitslose einer Fortbildung gegenüber ablehnend eingestellt.

Ein weiteres Problem ist dem Bericht nach die mangelhafte Übereinstimmung zwischen den Angeboten der Umschulung und der Marktentwicklung. So wollten viele Arbeitslose eine Computerausbildung absolvieren, doch gibt es hier zu wenig Angebote. Während auf dem Arbeitsmarkt dringend Verkäufer gesucht werden, sind Umschulungsangebote im Bereich Verkauf und Marketing sehr selten. Da Marktstudien über die kommende Nachfrage nach Umschulungsangeboten fehlten, ist nicht klar, welche Umschulungsangebote gemacht werden sollten.

Regional besteht eine sehr ungleiche Entwicklung von Umschulungsangeboten. Auf Grund verschiedener Ursachen räumen manche Lokalbehörden der Frage der Wiederbeschäftigung nicht den notwendigen Stellenwert ein. Andere Lokalbehörden haben institutionelle Probleme wie unklar definierte Arbeitsteilung sowie Widersprüche zwischen Umschulung und Beschäftigungspolitik. In Provinzen, in denen es viele Staatsunternehmen und damit eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, wie z.B. in Heilongjiang und Liaoning, ist die Quote der Umschulungen und der anschließenden Beschäftigung relativ hoch. In Inlandprovinzen wie Hubei und Hunan, die eine relativ hohe Arbeitslosigkeit, aber weniger Umschulungsangebote haben, besteht eine relativ geringe Beteiligung an Wiederbeschäftigungsprogrammen. Trotzdem soll die Wiederbeschäftigungsquote nach einer Umschulung ebenfalls relativ hoch sein.

Die Mittel für Umschulungsprogramme werden in dem Bericht als unzureichend bezeichnet. Der Rückgriff auf Arbeitslosenfonds für die Finanzierung der Umschulungen ist unzureichend, andererseits können die Arbeitslosen nicht selbst die Mittel für eine Umschulung aufbringen. Weiterhin besteht ein Mangel an Ausbildungs-

material, z.B. für Unternehmerseminare, Immobilienmanagement, Marketing oder andere neue Berufe. (*Zhongguo Xinxi Bao*, Beijing, 13.6.00, zitiert in SWB FE/D3886/CNS 7.7.00) -schü-

31 Wasserknappheit und Wasserverschmutzung nimmt zu

Auf Grund der anhaltenden Trockenheit in Nordost- und Zentralchina in diesem Sommer fordern Umweltpersonen, dass der Wasserkonsum und der Umweltschutz verstärkt werden müssten. Nach Einschätzung der Umweltpersonen sehe sich China mit einer ernsthaften Wasserkrise konfrontiert.

Die *China Youth Daily* berichtete am 23. Juli, dass der Fluss Songhua in der Provinz Heilongjiang im Kreis Zhaoyuan (in der Nähe der Provinzhauptstadt Harbin) seit einem Monat kein Wasser mehr führt. Pferdewagen könnten inzwischen problemlos das Flussbett durchqueren. Auch bei Harbin fiel der Flusstau auf ein historisches Tief, sodass Umweltpersonen vor einer ähnlichen Entwicklung wie beim Gelben Fluss warnten. Dieser hatte ab Mitte der 90er Jahre einen stark sinkenden Wasserstand verzeichnet, und die Bewohner der Flussgebiete mussten immer stärker ihre Wassernutzung einstellen. Sinkende Wasserstände sind in den letzten Monaten auch beim Huai, der durch die Provinzen Henan, Jiangsu und Anhui fließt, sowie beim durch die Provinz Liaoning fließenden Liao-Fluss aufgetreten.

Nach Einschätzung von Wang Xinde, Professor am Heilongjiang Water Conservancy Institute, könnte die Erschöpfung des Songhua-Flusses mit schwerwiegenden Folgen verbunden sein. Die geschätzten Grundwasserressourcen seien nicht ausreichend, um den Bedarf der rd. 40 Mio. Einwohner der Provinz Heilongjiang zu befriedigen.

Der sinkende Flusstau war nach Angaben der *China Youth Daily* durch die Sommerdürre noch verstärkt worden. Diese hatte bereits zu einer Wasserrationierung und regionalen Protesten der Bauern geführt, die gegen die zusätzlichen Gebühren der Lokalbehörden bei der Bereitstellung von Wasser demonstriert hatten. Umweltpersonen führen die rückläufigen

Wasserstände dagegen vor allem auf den exzessiven Holzeinschlag und den schnellen Abbau von Feuchtgebieten in den letzten Jahrzehnten zurück. Das Volumen der Flüsse Songhua und Nen in Heilongjiang sei kontinuierlich zurückgegangen, und der hohe Konsum von Grundwasser in den Städten habe zur Krise beigetragen. Sie empfehlen eine schnelle Aufforstung und Kontrolle des Wasserverbrauchs. (SCMP, 22.7.00)

Nach Angaben des General Headquarters for Flood and Drought Control werden derzeit auf Grund der anhaltenden Dürre rd. 5 Mio. Einwohner landesweit mit Trinkwasser versorgt. Hierfür müssten im Durchschnitt pro Tag rd. eine halbe Million Fahrzeuge mit Wassertanks eingesetzt werden. (Xinhua News Agency, Hong Kong, in Chinese, 3.7.00, zitiert nach SWB FE/D3885/CNS, 6.7.00)

Insgesamt ist der Wasserverbrauch in den chinesischen Städten enorm angestiegen. Nach einer Mitteilung der Xinhua News Agency vom 11.7.00 werden die Städte pro Tag mit durchschnittlich 215 Mio. Kubikmeter Wasser versorgt. Gegenüber 1949 sei dies ein Anstieg nach Angaben der *China Water Resources News* um das 88fache. Insgesamt verbrauchten die Städte im letzten Jahr 46,75 Mrd. Kubikmeter Wasser, auf jeden Städter entfielen durchschnittlich 217,5 Liter pro Tag.

Neben dem Problem der sinkenden Flusstäue ist China auch mit einer zunehmenden Wasserverschmutzung konfrontiert. Mitte Juli beispielsweise legte die Lokalregierung in der Provinz Yunnan fest, dass aus dem See Dianchi, der südwestlich der Provinzhauptstadt Kunming liegt, immer weniger Trinkwasser entnommen werden darf. Bisher hat die Stadt 40% ihres Trinkwasserbedarfs aus dem See gedeckt. Kunming zählt zu den 14 Städten, in denen das Trinkwasser besonders knapp ist. In den letzten drei Jahren hat die Stadt verschiedene Wasserbauprojekte für ihre rd. 800.000 Einwohner durchgeführt, um die Versorgung und eine hohe Wasserqualität zu garantieren. (XNA, 25.7.00)

Nach einem Bericht des World Resources Institute (WRI) in Washington sind inzwischen mehr als 80% der Flüsse so verschmutzt, dass keine Fi-

sche mehr existieren können. Die Wasserqualität für rd. 700 Mio. Menschen entspreche nicht dem minimalsten Sicherheitsstandards. Beispielsweise seien 70% der Flüsse in der Provinz Hebei so verseucht, dass das Wasser nicht mehr als Trinkwasser genutzt werden könne. Weiterhin herrsche in mehr als der Hälfte der Städte Wasserknappheit.

Die Verschmutzung der Flüsse und Seen ist durch industrielle Abwässer sowie durch die Entsorgung des städtischen Mülls in die Gewässer entstanden. Von den rd. 30 Mrd. t städtischen Abfalls würden nach WRI-Angaben lediglich 2,7% notdürftig gereinigt. (NZZ, 13.7.00) Ausländisches Engagement im Umweltsektor ist sehr gefragt, obwohl die Lokalbehörden in der Regel nicht die notwendige Finanzierung zur Verfügung stellen können. Ausländische Investoren können sich jetzt erstmals an einer Ausschreibung der Stadt Beijing beteiligen, die ein Schlüsselprojekt der Abwasserbehandlung mit einem Volumen von 300 Mio. US\$ plant. Das Projekt soll über den BOT-Ansatz (build, operate, transfer) vergeben werden und nach 20 Jahren in das Eigentum der Lokalregierung übergehen. Es wird davon ausgegangen, dass ein ausländisches Unternehmen eine bessere Wasserqualität zu relativ niedrigen Preisen anbieten kann. Bisher kauft die Beijing Regierung das Wasser von den sieben bestehenden Wasserbauprojekten zu Kostenpreisen auf und verkauft es subventioniert an die Bevölkerung. (SCMP, 26.7.00) -schü-

32 Fusionen in der Luftfahrtindustrie?

Ende Juli kündigte Xia Xinghua, Direktor der Abteilung für Politik und Regulierung bei der CAAC (Civil Aviation Administration of China), die Bildung von drei Luftfahrtunternehmensgruppen an. Diese Unternehmensgruppen sollen als Kern die drei größten Fluggesellschaften, Air China, China Eastern Airlines und China Southern Airlines, aufweisen und die insgesamt zehn Luftfahrtunternehmen zusammenschließen, die der Regulierungsbehörde CAAC unterstehen. Neben diesen Unternehmen existieren noch 24 lokale Luftfahrtunter-

nehmen. Xia wies darauf hin, dass die drei Unternehmensgruppen über große Vermögenswerte verfügen und nahezu gleiche Marktanteile besitzen würden. Obwohl kein Zeitplan für die Fusion zu Unternehmensgruppen bestünde, gelte das Prinzip „je früher, desto besser“. (XNA, 22.7.00)

Die Reaktion der Luftfahrtunternehmen auf die Pläne der Regulierungsbehörde war eher zurückhaltend. Derartige Fusionen müssten das Ergebnis von Marktentwicklungen sein, so die Unternehmen. Ein Vertreter der China Eastern Airlines, ein Unternehmen, das an den Börsen in Hongkong und New York platziert ist, nahm zu den CAAC-Plänen Stellung. China Eastern Airlines als börsennotiertes Unternehmen habe die Frage von Fusionen nicht in Betracht gezogen. Einer Umorganisation auf einer freiwilligen Basis könne zugestimmt werden. Mit einem guten Geschäftspartner würden sich für beide Seiten Vorteile bei der Verbesserung von Standards und größerer Konkurrenzfähigkeit ergeben. Sollten diese Bedingungen nicht gegeben sein, dann wäre die Umsetzung der CAAC-Pläne sehr schwierig. Dieses Ziel könne nicht in sechs Monaten erreicht werden, vor allem nicht, da China Eastern Airlines an der Börse notiere. China Southern Airlines, ein Unternehmen, das ebenfalls in Hongkong und New York notiert, bewertet die CAAC-Pläne als allgemeine Richtlinien, die nicht rechtlich bindend sind. (SCMP, 29.7.00) China Southern Airlines soll jedoch bereits Fusionsgespräche mit einigen kleineren staatseigenen Fluggesellschaften geführt haben, die teilweise von sich aus das Unternehmen angesprochen haben sollen. (SCMP, 26.7.00)

Ausländische Analysten bewerten die CAAC-Pläne ebenfalls zurückhaltend. Bereits 1997 und 1998 habe die Regulierungsbehörde eine Rationalisierung des Sektors gefordert, die bisher nicht umgesetzt wurde. Nach Einschätzung von Peter Negline, Jardine Fleming Securities in Hongkong, bestehe zwar ein Bedarf für Konsolidierung und Rationalisierung des Sektors, die sich positiv für China insgesamt auswirken werde. Ohne nähere Angaben über den Zeitplan und über Finanzierungsmodalitäten bei der Fusion sei nicht anzunehmen, dass die Aufforderung

zur Fusion dieses Mal größere Wirkungen zeigen würde. Dass China Eastern Airlines und China Southern Airlines an den Börsen im Ausland notieren, würde mögliche Zusammenschlüsse schwieriger machen. Sie müssten sich dabei nämlich Sorgen um ihre eigene Aktienkurse machen, wenn sie eine nicht gewinnträchtige Fluglinie kaufen würden. Negline zufolge sei außerdem die Situation von Air China als staatseigenes Unternehmen problematisch. Air China habe zwar große Expansionspläne, gleichzeitig jedoch auch viele Schulden. (FT, 1.8.00)

Die chinesische Regierung begann 1986 ihr Monopol im Luftfahrtsektor zu beenden, um mehr Wettbewerb, Effizienz und besseren Service einzuführen. In den Folgejahren entstanden 34 Fluggesellschaften und damit eine Palette verschiedener Sicherheits-, Dienstleistungs- und Managementstandards. Um Touristen und Fracht zu transportieren, haben die lokalen Fluggesellschaften teilweise Verluste ihrer Unternehmen in Kauf genommen, und es kam zu einem enormen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Fluggesellschaften. (SCMP, 27.7.00)

Gewinne der Luftfahrtunternehmen 1998

Luftfahrtunternehmen	Gewinne 1998 (Mrd. RMB)
China Yunnan Airlines	200,0
Hainan Airlines	100,0
China Xinjiang Airlines	73,0
Xiamen Airlines	68,0
Shanghai Airlines	20,0
Shandong Airlines	15,4
Sichuan Airlines	8,0
China Southwest Airlines	-300,0
China Northern Airlines	-400,0
China Eastern Airlines	-481,0
China Southern Airlines	-543,0
Air China	-760,0

Quelle: „Call for Mergers Still Leaves Chinese Carriers up in the Air“, in: FT, 1.8.00.

CAAC kündigte ebenfalls im Juli d.J. an, dass der Luftfahrtsektor seine Verluste im 1. Halbjahr zurückführen konnte. Diese Entwicklung wird von CAAC auf die Erholung der Wirtschaft zurückgeführt. Die Verluste waren im Zusammenhang mit der Asienkrise und dem rückläufigen Passagier- und Transportvolumen entstanden. Zuvor hatten die Unternehmen gerade eine Expansion ihrer Flugrouten begonnen und neue Maschinen gekauft. Der Wettbewerb wurde 1998 immer härter und resultierte in einen „Preiskrieg“ und Verlusten in Höhe von 2,4 Mrd. Yuan. (FT, 1.8.00; SCMP, 24.7.00) 1999 griff die CAAC in die Preisgestaltung ein und sicherte den Unternehmen damit Gewinne. (XNA, 22.7.00)

Die Verluste im 1. Halbjahr werden vor allem auf den Preisanstieg bei Flugbenzin zurückgeführt. Seit November 1999 sei der Preis bereits fünf Mal erhöht worden. Flugbenzin nehme nunmehr einen Anteil von 31% der Kosten ein; im November habe dieser Anteil noch bei 22% gelegen. (SCMP, 28.7.00) -schü-

SVR Hongkong

33 Neues Wahlkomitee für die Wahlen zur Legislative - und des neuen Regierungschefs?

Am 9. Juli fanden die Wahlen zum neuen 800-köpfigen Wahlkomitee (*Election Committee*) statt, das gemäß der Hongkonger Verfassung im September 2000 sechs von insgesamt sechzig Abgeordneten des neuen Legislativrats (*Legislative Council*) zu wählen hat. Es wird das letzte Mal sein, dass ein Teil der Mitglieder des Legislativrats durch ein Wahlkomitee bestimmt wird, nachdem dieser Teil gemäß Annex II des *Basic Law* schrittweise reduziert worden ist. Bei den nächsten für 2004 geplanten Wahlen werden die Abgeordneten nur noch je zur Hälfte durch Direktwahlen und durch Wahlen in berufsständigen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*) bestimmt werden (zu den Wahlen zur Legislative vgl. C.a., 1998/5, S.527-

532, sowie das Thema im hinteren Teil dieses Heftes).

Das Wahlkomitee setzt sich aus 664 in verschiedenen Berufsgruppen (*sectors*) gewählten und 40 aus religiösen Kreisen ernannten Mitgliedern sowie den 96 Hongkonger Delegierten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz der VR China zusammen. Unter den 664 der in 35 Berufsgruppen gewählten Mitgliedern waren 182 Kandidaten ohne Gegenkandidaten bestätigt worden; um die restlichen 482 Sitze konkurrierten 723 Kandidaten. Wahlberechtigt waren nur 168.000 der insgesamt 3,1 Mio. in Hongkong registrierten Wähler (SCMP, 5., 10.7.00).

Das demokratische Lager hatte im Vorfeld der Wahlen gegen die Praxis der „small-circle elections“, die die Interessen der Hongkonger Geschäftsleute und der gehobenen Dienstleistungsberufe stark einseitig auf Kosten der breiten Bevölkerung präsentierten, protestiert. Demokratische Vertreter riefen die Wahlberechtigten sogar dazu auf, die Wahlen zu boykottieren (SCMP, 7., 10.7.00).

Die Wahlbeteiligung fiel selbst für Hongkonger Verhältnisse - traditionell wurde der Hongkonger Bevölkerung eine weit verbreitete politische Apathie attestiert - überraschend niedrig aus. Hatte sie bei den letzten Wahlen zum Wahlkomitee im Jahr 1998 noch bei 23,4% gelegen, so betrug sie dieses Mal nur noch 19,5%. Als Gründe für die extrem geringe Wahlbeteiligung nannten lokale Kommentatoren die wachsende Entfremdung der Mittelklasse vom politischen Leben („political disaffection“) und die sinkende Popularität des Regierungschefs Tung Chee-hwa und der Regierung im Allgemeinen (vgl. C.a., 2000/6, Ü 39). Von einigen politischen Vertretern soll erwogen worden sein, zukünftig eine Wahlpflicht für alle Wahlberechtigten einzuführen, wie es etwa in Australien, Belgien oder Griechenland Praxis sei (Hong Kong iMail, 10.7.00; SCMP, 16.7.00).

Wie erwartet gingen die Kandidaten aus den konservativen lokalen Unternehmerkreisen als stärkste Gruppe unter den Wahlsiegern hervor. Allein Vertreter des Unternehmenskonglomerats des berühmten Tycoons Li Ka-shing konnten über zehn Sitze gewin-

nen. Viel beachtet wurde die Tatsache, dass sich unter den erfolgreichen Kandidaten auch Li Ka-shings jüngster Sohn Richard Li befindet, der kürzlich mit der Übernahme des vormaligen öffentlichen Telekommunikations-Monopolisten in Hongkong durch seine Internet-Firma Pacific Century Cyberworks Schlagzeilen gemacht hatte. Die von Beijing-freundlichen Parteien gestellten Kandidaten konnten 154 Sitze für sich beanspruchen (*Democratic Alliance for the Betterment of Hongkong*: 60; *Hong Kong Progressive Alliance*: 66; *Liberal Party*: 28), die des demokratischen Lagers hingegen nur 29 (*Democratic Party*: 22; *The Frontier*: 5; *Citizens Party* und *Association for Democracy and People's Livelihood* je 1) (AWSJ, 12.7.00; SCMP, 8., 11.7.00).

Angeblich sei insbesondere die Unternehmerelite daran interessiert, in dem Wahlkomitee vertreten zu sein, weil sie sich damit ihren Einfluss auf die Bestimmung des nächsten Regierungschefs sichern wolle. Denn von vielen wird erwartet, dass das nun gewählte Wahlkomitee auch für die Bestimmung des Regierungschefs zuständig sein wird, dessen nächste Amtsperiode im Jahr 2002 beginnen wird. Das *Basic Law* sieht auch für die „Wahl“ des Regierungschefs die Konstituierung eines Wahlkomitees (ebenfalls *Election Committee*) vor, lässt aber offen, ob es sich dabei um das selbe Gremium wie jenes handeln soll, das für die Wahlen zum Legislativrat zu konstituieren ist. Tatsächlich ist bisher nicht geklärt, ob das jetzt gewählte Komitee beide Funktionen erfüllen kann und soll oder ob im Jahr 2002 ein neues Wahlkomitee zu bestimmen sein wird. Während manche es für praktikabler halten, das Wahlkomitee für beide Zwecke einzusetzen, haben andere Bedenken. Zum einen würde die geringe Wahlbeteiligung nicht für ein repräsentatives Ergebnis sprechen, zum anderen könnten sich bis 2002 noch substantielle politische Veränderungen ergeben, die in der Zusammensetzung des Wahlkomitees dann nicht reflektiert würden. Kontrovers diskutiert wird gegenwärtig sogar noch, ob letztendlich die Exekutive oder die Legislative über diese Frage zu entscheiden habe (SCMP, 5., 11., 20.7.00).

Die Debatte reflektiert die verbreitete Verunsicherung über die konsti-